

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 606

Mittwoch, 27. April 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ermittlungen gegen Pérez Molina und Baldetti wegen Korruptionsfall Puerto Quetzal.....	1
Scherz: Präsident bietet Trump „billige Arbeitskräfte“ zum Bau der Mauer an.....	3
Die neuen (z.T. alten) RichterInnen des Verfassungsgerichts treten ihr Amt an.....	3
Neue Demonstrationen ein Jahr nach Bekanntwerden des Korruptionsskandals um La Linea.....	4
Die Lebensquelle verteidigen: Tausende auf dem Marsch für Wasser.....	4
Gesetzesinitiative zur Bestrafung bei Umleitung von Flüssen.....	5
Kongress stimmt über die Reform des Wahlgesetzes ab – ohne Geschlechterparität.....	5
Antidiskriminierungsvorhaben für LGTBI Personen im Gefängnis.....	5
Biopsia / April 2016 (Diana Vásquez): Nach 100 Tagen Jimmy Morales.....	6

Ermittlungen gegen Pérez Molina und Baldetti wegen Korruptionsfall Puerto Quetzal

Zuletzt in der **¡Fijáte!**-Ausgabe 518 berichteten wir über die Privatisierung des einstmals staatlichen Betreibers des wichtigsten Handelshafens in Guatemala, Puerto Quetzal in Escuintla. Die Übertragung von Teilen des Hafens an den spanischen Hafенbetreiber Transporte de Contenedores de Barcelona (TCB) bzw. dessen Tochterunternehmen Transporte de Contenedores Quetzal (TCQ) für 25 Jahre hatte damals Protest ausgelöst. Der damalige Präsident Pérez Molina hatte formal das Inkrafttreten des Vertrages annulliert, später aber in Kraft gesetzt.

Nun hat die CICIG gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft MP herausgefunden, dass Präsident Pérez Molina und Vizepräsidentin Baldetti bei dem Geschäft nicht nur ihre politischen Hände im Spiel hatten, sondern auch finanziell von diesem profitiert haben. Ein Ermittlungsverfahren läuft.

Ein neuer Korruptionsfall, in den ex-Präsident Otto Fernando Pérez Molina und ex-Vizepräsidentin Ingrid Roxana Baldetti verwickelt sind, wurde von der CICIG, der Spezialabteilung gegen Straffreiheit der MP und dem Innenministerium aufgedeckt. 15 Personen waren beteiligt, neun wurden nun verhaftet, andere werden noch international gesucht. All diesen wird vorgeworfen, zu einem unrechtmässigen Vertrag zwischen TCB und der Empresa Portuaria Quetzal (EPQ) – mit Bestechungsgeldern als Gegenleistung – beteiligt gewesen zu sein.

Der CICIG-Vorsitzende Iván Velásquez Gómez gab in einer Pressekonferenz, die er mit der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana Hernández und dem Innenminister Francisco Rivas abhielt, Details der Ermittlungen bekannt.

¡Fijáte!- 518: Der Kontrakt mit der spanischen TCQ

Am 11. Juli 2012 wurde ein Kontrakt geschlossen zwischen der EPQ und dem spanischen Hafенbetreiber TCB, nach dem die TCQ einen Niessbrauch über Teile des Hafens für 25 Jahre erhält. TCB ist ein transnationales Unternehmen, das an den Häfen von Havanna/ Kuba, El Progreso/Mexiko, Buenaventura/ Kolumbien, Paranagúa/Brasilien, im Mittleren Osten und Indien sowie in Gijón, Valencia, Barcelona, La Palma und Teneriffa in Spanien beteiligt ist. Die Tochterfirma wurde erst am 14. Mai 2012 gegründet und ist seitdem im Handelsregister mit einem Kapitalstock von erstaunlichen 5.000 Quetzales (500 Euro) registriert.

In dem Vertrag geht es um die Überlassung von knapp 350 Hektar, auf denen ein Hafen für Spezialcontainer gebaut und betrieben werden soll. Von Seiten der EPQ wurde der Vertrag von den Wirtschaftsprüfern Allen Herbert Maroquin

Castillo und Julio Ronaldo Sandoval Cano geprüft und für gut befunden. Der Kaufpreis ist 1 Mio. US-Dollar pro Jahr. Erst am 2. August wurde der Vertrag offiziell von Präsident Pérez Molina bekannt gegeben. In drei Phasen würden insgesamt 255 Mio. US-Dollar investiert.

Nach Kritik aus verschiedenen Kreisen (u.a. Gewerkschaften, Kongress, Zivilgesellschaft) wurde das Inkrafttreten des Vertrages zunächst suspendiert, am Mittwoch vor Ostern 2013 allerdings in Kraft gesetzt. TCQ würde – so war das offizielle Argument – in Puerto Quetzal Hafenanlagen nach den neuesten technologischen und Sicherheitsstandards errichten und die Effizienz und Produktivität des Containerhafens garantieren.

Wer den Vertrag einfädelt

Nach den Ermittlungen von CICIG und MP hat von Januar 2012 bis etwa April 2015 eine kriminelle Gruppe zusammengearbeitet, die sich zusammensetzte aus den (Vize-)PräsidentInnen Pérez Molina und Baldetti (als Köpfe der Gruppe), deren Mitarbeiter bzw. Vertragsvermittler, darunter Juan Carlos Monzón Rojas (bekannt auch als Mitinitiator von La Linea). Weiterhin waren die beiden TCQ-Repräsentanten Angel Pérez-Maura und Juan José Suarez Messeguer involviert sowie drei Gewerkschaftsvertreter und - zur juristischen Absicherung gegenüber der Politik - Mario Ruano San José, José Luna Argueta und Douglas Charchal Ramos (der aktuell Richter am Obersten Gerichtshof ist). All diese hatten sich zusammengeschlossen, um Profit zu schlagen aus den Vertragsverhandlungen mit der TCQ mit dem Ziel, dieser einen Teil der Gewerbefläche der EPQ für die Errichtung eines privaten Hafenterminals zuzueignen. Die Gruppe hatte die Funktion, in verschiedenen Phasen der Projektrealisierung so einzugreifen, dass alle Profit daraus schlagen konnten und die illegalen Geldzuwendungen zu verschleiern. [Vgl. das Schaubild auf der CICIG-Homepage: <http://www.cicig.org/index.php?mact=News,cntnt01,detail,0&cntnt01articleid=701&cntnt01returnid=1646>]

Wie der Vertrag über einen anderen Vertrag lukrativ wurde

Otto Fernando Pérez Molina ernannte Anfang des Jahres 2012 den Unternehmer und Piloten Guillermo Lozano Bauer zum Projektmanager von Puerto Quetzal. Dieser ist eng an dem Präsidenten gebunden, war er es doch, der den damaligen Präsidentschaftskandidaten der PP in seiner Wahlkampagne mit dem Helikopter zu den Wahlkampforten flog.

In den ersten Tagen seiner Regierung kam er der Bitte von Lozano Bauer nach, als Wirtschaftsprüfer der EPQ den Anwalt Allan Herbert Marroquín Castillo einzusetzen. Das geschah am 24. Januar 2012. Auf Bitten der Vizepräsidentin Roxana Baldetti bestellte Pérez Molina Anfang März 2012 Julio Rolando Sandoval Cano zum stellvertretenden Wirtschaftsprüfer und Rechtsvertreter der EPQ. Lozano Bauer vervollständigte sein Team schliesslich durch William Schwank López. All diese Personen bildeten einen politischen Zirkel des Vertrauens („Kommission“) im Management von EPQ.

Die Zahlung für die Übernahme eines Teils des Hafens von Puerto Quetzal durch die TCQ sollte eigentlich zu einem Teil in bar, ein anderer Teil über ein Aktienpaket der TCQ erfolgen. Im Auftrag des Präsidenten Pérez Molina traf sich dessen Privatsekretär Juan Carlos Monzón mit den Repräsentanten von TCQ, Angel Pérez-Maura und Juan José Suárez. Dabei teilte er diesen mit, dass er nicht einverstanden sei mit der Zahlungsform via Aktienpaket und forderte, dass die „Kommission“ den Bargeldanteil stornieren würde, wenn die Manager nicht einwilligen würden. In weiteren Treffen machte Monzón den spanischen Managern deutlich, dass es im Sinn des Präsidenten und der Vizepräsidentin wäre, wenn die vereinbarten Vertragszahlungen nicht über deren Amtszeit hinausgingen, also etwa Oktober 2015. Die Manager übergaben Monzón darauf hin, einen detaillierten Zahlungsplan, in denen die Verteilung der Vertragszahlungen über 30 Mio. US-Dollar wie folgt aussieht: 24,5 Mio. US-Dollar für „lokale Verbündete“, 5 Mio. US-Dollar für „die Argentinier“ [wer oder was das sein soll, ist der Red. nicht bekannt] und 0,5 Mio. US-Dollar für Auslagen.

Die Umsetzung

In Bezug auf die Umsetzung dieses illegalen Vertrages, setzte Monzón den Präsidenten Perez Molina am 26. März 2012 in Kenntnis, dass er in den Verhandlungen, die er im mexikanischen Cancún geführt hatte, zu einer Einigung mit Juan José Suárez und Mauricio Garin darüber gekommen sei, die Zahlungen der 24 Mio. US-Dollar genauso zu handhaben, wie es die (Vize-)PräsidentInnen gewünscht hatten. Die „Kommission“ würde 60 % an den Präsidenten und Vizepräsidenten weiterreichen und 40 % an Monzón.

Pérez Molina nutzte also sein Amt als Präsident dazu aus, einen Vertrag auszuhandeln, von dem er selbst direkt finanziell profitierte – zum Schaden für das Land. Er beeinflusste zudem die Übergabe der Gewerbeflächen an die TCQ entscheidend: er förderte Treffen mit internationalen und nationalen Privatbanken und nahm gar selbst an manchen teil, um die politische Unterstützung für das Projekt zu demonstrieren. So erreichte er, dass die TCQ die erforderlichen Mittel erhielt, um das Geschäft zu finanzieren. Offenbar waren darunter auch Gelder der Weltbank (s.u.)

Wie Widerstand gegen den Vertrag gebrochen wurde

Im **Fijate! 518** wurde von dem Widerstand der Gewerkschaften gegen den Vertrag berichtet. Sie blockierten zeitweise den Zugang zum Hafen und beruhigten sich wieder, als der Vertrag (kurzzeitig) annulliert wurde. Wir schrieben: „Die Gewerkschaft scheint zwischen der grundsätzlichen Kritik an der Privatisierung und der Hoffnung auf sichere Arbeitsplätze zerrieben zu werden.“ Einige der Gewerkschaftsfunktionäre scheinen aus einem anderen Grund eingeknickt zu sein. (Allerdings nicht alle, s.u.)

Ein anderer Widerständler war der Bürgermeister von Puerto San José, Jorge Rizzo. Dieser forderte von der TCQ für eine Baugenehmigung ein Entgelt an die Stadt zu zahlen, nämlich – laut einem Urteil (219-2013) des Zivilgerichts von Escuintla – 24 Mio. Quetzales (ca. 2,5 Mio. Euro). TCQ und Mitglieder der Hafenverwaltung weigerten sich, dieser Forderung nachzukommen und legten Beschwerde gegen den Bürgermeister ein. Um das Problem zu lösen, traf sich Monzón mit dem zuständigen Richter, Douglas Charchal Ramos, und dessen Assistenten, Mario Ruano San José, und vereinbarten, dass diese ein für TCQ günstiges Urteil fällen. Aus letztgenannten Gründe hat die Staatsanwaltschaft nun die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Charchal Ramos, inzwischen Richter am Obersten Gerichtshof, wegen Vetternwirtschaft beantragt. Eine Mehrzahl der genannten Personen wurde verhaftet. Lozano Bauer, Marroquin, Schwank, Pérez-Maura und Garin werden mit internationalem Haftbefehl gesucht. Die ex-MachthaberInnen, Pérez Molina und Baldetti wurden – inzwischen – vor den Richter zitiert, um sie über einen weiteren Prozess gegen sie zu informieren – wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, passiver Bestechung, Geldwäsche und Betrug. (Hauptquelle: CICIG)

Die Rolle der Weltbank

GewerkschafterInnen erklärten, dass den Anzeigen, die sie 2013 bei der Staatsanwaltschaft, des Rechnungshofes (CGC) und beim Generalprokurator der Nation stellten, nie nachgegangen wurde. Die GewerkschafterInnen sagen, dass die Weltbank nicht nur einen Kredit für die Ausführung eines Niessbrauch-Projekts vergab, sondern auch in die Firma, die dieses Projekt leitet, investierte. Da seien genug Gründe vorhanden, um eine Untersuchung aufzugreifen. Nun haben sie die Weltbank angezeigt. Es war damals ein Bericht an den Sitz der Bank in Washington gegangen. Im nachfolgenden Zeitraum wurde die Weltbank aber Aktionärin des Unternehmens. Den ArbeiterInnen kamen Zweifel, als die Filiale der Bank, International Finanz-Corporation (IFC), in ein Projekt investierte, welches keinen finanziellen Rückhalt aufwies. „Die Weltbank unterstützt die Korruption“, sagte der Gewerkschaftsvertreter Santiago Armando Boche Sánchez. 2014 hatte die Bürgeraktion (AC) durch ihren Präsidenten Manfredo Marroquín den Generaldirektor der IFC aufgefordert, nicht ein Projekt zu unterstützen, „welches gegen die legale guatemalteckische Ordnung verstößt“, da es nicht den Kriterien der legalen, sozialen und technischen Risikobewertung entsprach. Finanzminister Estrada sieht dieses gerichtliche Vorgehen kritisch, da man sehr vorsichtig sein müsste, um sich nicht Gegenklagen einzuhandeln und das Projekt für die nächsten Jahrzehnte auf Eis zu legen. Weitere staatliche Instanzen evaluieren noch die Möglichkeiten juristischer Schritte. In den sozialen Medien zirkulieren elektronische Unterschriftenlisten, um die spanische Regierung zu Ermittlungen wegen „möglicher Korruption“ aufzurufen, z.B. auf www.change.org. (Hauptquelle: EP)

Scherz: Präsident bietet Trump „billige Arbeitskräfte“ zum Bau der Mauer an

Guatemala, 20. Apr. Nachdem der guatemalteckische Präsidenten dem Präsidentschaftskandidaten Donald Trump „billige Arbeitskräfte“ während einem Interview mit der New York Times anbot, musste Jimmy Morales seinen Kommentar öffentlich rechtfertigen. Es sei nur ein sarkastischer Kommentar gewesen und er habe niemals die migrierenden Gemeinde beleidigen wollen. „Dem Herrn, der eine Mauer bauen möchte, biete ich billige Arbeitskräfte an. Wir haben sehr gute Arbeitskräfte und mit sehr viel Freude bauen wir Ihnen eine Mauer. Geben Sie uns die Baumasse und wir werden die Kapazitäten haben, um es umzusetzen“, sagte der Staatschef im witzigen Ton, als man ihn bezüglich der Intentionen Trumps befragte, der eine Mauer errichten möchte, um die illegale Migration zu stoppen. Dieser Kommentar wurde, alsbald veröffentlicht, von den guatemalteckischen BürgerInnen in den sozialen Medien kritisch aufgegriffen. (LH)

Die neuen (z.T. alten) RichterInnen des Verfassungsgerichts treten ihr Amt an

Guatemala, 15. Apr. Nach einem langwierigen Verfahren und hitzigen Diskussionen zwischen Kongress und Zivilgesellschaft und auch innerhalb des Kongresses und verschiedenen Sektoren traten nun die acht neuen (alten) VerfassungsrichterInnen ihr Amt an. Es handelt sich um Neftalí Aldana Herrera (Vorsitz), José Francisco de Mata Vela, Dina Josefina Ochoa Escribá, Bonerge Amílcar Mejía Orellana und die bisherige Vorsitzende, Gloria Patricia Porras Escobar. StellvertreterInnen sind María Consuelo Porras Argueta, José Mynor Par Usen, Henry Philip Comte Velásquez, María Cristina Fernández García und María de los Ángeles Araujo Bohr [*damit besteht – rechnet man alle zusammen – eine Parität zwischen den Geschlechtern, d.Red.*). Alle genannten Personen schworen, die Verfassung zu schützen.

Kongresspräsident Mario Taracena (UNE) forderte die RichterInnen auf, mit Verantwortung und Transparenz vorzugehen und „damit auf den Schrei der BürgerInnen einzugehen, die substanzielle Veränderungen hin zur Demokratie fordern“. Sie müssten sich jeglicher politischer Einflussnahme und jeglicher Form des Klientelismus verweigern. Neftalí Aldana sagte, dass das Verfassungsgericht neutral sei, allerdings müsse es häufig politische Konflikte lösen, die die politischen Verantwortlichen nicht zu lösen imstande seien. Auch er forderte Transparenz, Rechtschaffenheit und ein Hinnehmen der Undankbarkeit, die ihnen entgegenschlage. Er wolle die begonnene Einführung von elektronischen Amtsunterlagen fortsetzen und die missbräuchliche Nutzung von Einsprüchen eindämmen.

Die scheidende Vorsitzende Gloria Porras (die gleichwohl Richterin am Verfassungsgericht bleibt) dankte der internationalen Gemeinschaft, der US-Botschaft und dem Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen für die Unterstützung. Sie legte einen Schwerpunkt darauf, dass das Verfassungsgericht die Demonstrationsfreiheit der BürgerInnen verteidigen müsse. (EP)

Neue Demonstrationen ein Jahr nach Bekanntwerden des Korruptionsskandals um La Linea

Guatemala, 17. Apr. Tausende GuatemaltekinInnen versammelten sich am Samstag, den 16. April auf dem Platz der Verfassung, um ihre Protestbewegung gegen die Korruption fortzuführen, die im Jahr zuvor um jene Zeit begonnen hatte. Statt dem Hashtag #RenunciaYa wurde nun #LaPlaza genutzt, um den Schrei nach Gerechtigkeit, nach einer Säuberung des Staates, des Kongresses und des Verfassungsgerichts zu reaktivieren.

Konkret wurde der notorische Fraktionswechsler und DigiKid Giordano zum Rücktritt aufgefordert. Auf einem Schild war zu lesen: „Wenn wir die Exekutive säubern wollen, müssen wir auch das Rattenloch ausmisten“ (gemeint ist der Kongress). Bei den Protesten wurde die Regierungspartei FCN-Nación am heftigsten attackiert, die Folge einer Serie von Skandalen um Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft, deren Symbol acht Abgeordnete sind, die aus anderen Fraktionen zur Regierungsfraktion dazu stiessen und gegen die die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität beantragt hat. (Dabei geht es um den z.T. auch sexistischen Umgang mit der Gouverneurin von Alta Verapaz, die vor einen Kongressausschuss zitiert wurde). Gefordert wurde auch der Rücktritt der RichterInnen Blanca Stalling, Douglas Charchal (s.o.) und Bladimir Aguilar.

Unterdessen gründeten 40 soziale Gruppen eine neue Organisation (#Justicia Ya!), die in den weiteren Tagen neue Protestaktionen planen wollen. Dabei geht es u.a. um die Unterstützung des Marsches für Wasser (s.u.), ein Studierendenforum am 20. April, eine Versammlung der Kollektive am 23. April und eine Grossdemonstration am 25. April. Ein anonymes Sprecher sagte: „Wir haben uns niemals an diesen Demos gegen Korruption beteiligt, aber obwohl dies so war, werden wir dort nun mitarbeiten und gemeinsam weitermachen, so wie wir es vor einem Jahr getan haben. Dann werden wir diese ganzen Institutionen säubern.“ Ihre Parolen waren: „Wir bekräftigen: es hat gerade erst begonnen. Guatemala, ruhe Dich nicht aus, schlafe nicht, der Druck ist notwendig, um dieses System zu verändern! Wir haben diese korrupten Abgeordneten satt: #LaPlazaVive“ (EP, siehe auch unten die Biopsia)

Die Lebensquelle verteidigen: Tausende auf dem Marsch für Wasser

Guatemala, 17. Apr. 2.000 Menschen, organisiert in 40 Gruppen, Gemeinden und Völkern, machen sich beim Marsch für Wasser in diesen Tagen aus allen Teilen des Landes auf den Weg Richtung Hauptstadt. Sie wollen die wichtigste Lebensquelle verteidigen. Maya-FührerInnen schöpfen Wasser aus den Flüssen und führen es in Kalebassen mit, versehen es mit Akten des tiefsten Respektes. Dieses Wasser soll am Ziel des Marsches, dem Parque Central in der Hauptstadt, vermengt werden, um das Allgemeingut Wasser zu ehren, das Leben spendet. Die Etappen werden in neun Stunden am Tag in der sengenden Sommersonne abgelaufen, was zu gesundheitlichen Leiden führen kann. Es wurden auch Risiken für die Teilnehmenden berichtet, etwa AutofahrerInnen, die ihre Geschwindigkeit nicht drosselten, als sie an die Marschierer heranfuhr. Zugleich wurde jedoch auch von der Freude und der Solidarität berichtet, die die WandererInnen von BewohnerInnen erhielten, die aus ihren Häusern kamen und Mangos verteilten. Die Teilnehmenden stammen aus allen Altersgruppen, die verschiedensten Volksgruppen und sozialen Schichten, die sich vereinen in ihrem Widerstand gegen die Ausbeutung, die viele Gemeinden überall im Land erdulden müssen. So berichtet es eine Frau aus der Gemeinde La Cumbre, San Idelfonso Ixtahuacán, Huehuetenango, in der das Unternehmen Minas de Guatemala S.A. den Fluss verunreinigte, der dem ganzen Dorf Leben spendet und für das Volk viel mehr bedeutet als Waren. „Ohne (sauberes) Wasser werden wir verdursten und sterben“.

In Coatepeque, Quetzaltenango rauben und verunreinigen die Palmenplantagen von Palmas de Horizonte S.A. (PAHO-SA) und Bananera Nacional (Banasa) das Wasser der Gemeinden und keine Autorität kümmert sich darum. Die Unternehmen nehmen sich das Wasser der Flüsse Pacayá und Mopá, um ihre Pflanzen zu bewässern, und verhindern damit, dass die Gemeinden das Wasser für ihre Grundbedürfnisse nutzen können. In den Departements Suchitupéquez und Retalhuleu verbraucht die Produktion von Zuckerrohr Unmengen an Flusswasser. Am Fluss Bolas gibt es elf Stauwerke und er vertrocknet in seinem eigenen Flussbett. Gleiches passiert an zehn Flüssen in Retalhuleu.

Die Anbaufläche der Ölpalme stieg zwischen 2008 und 2014 von 60.000 auf 130.000 Hektar an, insbesondere in den Departements San Marcos, Suchitupéquez, Quetzaltenango, Retalhuleu, in Alta Verapaz, Petén, Izabal an der Costa Sur. Die Flüsse Pacayá, Taltope, Mopa, Limón, Jute und viele andere wurden umgeleitet, um die Ölpalme anzubauen. Trockenheit für all jene, die nicht (mehr) in den Genuss des Wassers kommen, ist die Folge. Und Verlust von Lebensqualität, Krankheiten, Schädigungen der traditionellen Anbauflächen der Gemeinden, Verlust von Biodiversität, Beeinträchtigungen der Jagd und Fischerei etc. Für die Unternehmen und der Regierung ist Wasser ein privates Handelsgut, in der Kosmologie der Maya ist es ein Element des Lebens und der ganzheitlichen Natur, das nicht vermarktet werden darf.

Gesetzesinitiative zur Bestrafung bei Umleitung von Flüssen

Guatemala, 14. Apr. Zwei Abgeordnete vom Movimiento Reformador (Reformbewegung) präsentierten eine Gesetzesinitiative, die eine Gefängnisstrafe von fünf bis acht Jahren und eine Strafe von bis zu 1,5 Millionen Quetzales für jede Person vorsieht, die einen Fluss umleitet oder das Flussbett verändert. Wenn die Tat durch einen Staatsbediensteten oder einer Person, die für die Nicht-Umleitung der Flüsse verantwortlich ist, begangen wird, soll die Geldstrafe um ein Drittel höher liegen. Es soll dem Artikel 346bis des Strafrechts, der die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen unter Strafe stellt, ein Paragraph hinzugefügt werden. Auslöser für diese Initiative ist die Mitte Februar bekannt gewordene Umleitung der Flüsse Madre Vieja und Achiguate durch verschiedene Industriezweige, darunter die Palmölproduktion. GemeindeanführerInnen aus Escuintla zeigten dies an, da sie dadurch Wassermangel erlitten. Die Brunnen, die Wasser für ihre Haushalte lieferten, waren leer gefallen. Die Megafirmen hatten die Flüsse umgeleitet, um ihre Felder zu bewässern. In Guatemala existiert derzeit, trotz der Anzeigen, keine Handhabe bezüglich der Manipulationen von Flüssen und Quellen und auch nicht über die Konflikte, die dieses Problem hervorruft. (LH)

Kongress stimmt über die Reform des Wahlgesetzes ab – ohne Geschlechterparität

Guatemala, 20. Apr. Nach fast zwei Jahren kamen die Kongressabgeordneten zu einer Entscheidung bezüglich der Reformen des Wahlgesetzes und für politische Parteien (LEPP), die das Ende der ihren Parteien abtrünnig werdenden Abgeordneten bedeuten soll und Kontrollen für die Finanzierung von Politik und Wahlpropaganda einführt. Mit 109 Stimmen wurde die finale Version der LEPP verabschiedet. Es gab Änderungen in 85 Artikeln. So erhöht Artikel 54 die Anzahl der Abgeordneten auf 160; Artikel 57 verbietet den Wechsel von Abgeordneten zu anderen Fraktionen; Artikel 64 reguliert die Bedingungen für Wahlpropaganda und die Ausübungsgarantie und Artikel 66 reguliert die Verbote für politische Parteien und KandidatInnen für Wahlämter. Es war durch den Abgeordneten Fernando Linares der Vorschlag unterbreitet worden, die Abgeordneten individuell durch die GuatemaltekenInnen und nicht indirekt durch die Parteien zu wählen. Dieser wurde aber abgewiesen. Artikel 60 der LEPP sorgte für die meisten Diskussionen unter den Abgeordneten: die Gleichstellung der Geschlechter. Es konnten nicht genug Stimmen für die Verabschiedung erzielt werden: 105 waren notwendig, 86 stimmten dafür, 30 dagegen und 34 waren abwesend. Es wurde ausserdem ein Artikel 256a beschlossen, der die Schaffung der Kommission für die Aktualisierung und Modernisierung der Wahlen vorsieht. Diese wird die Wahlen 2019 evaluieren und, sofern notwendig, Reformen vorschlagen. Die Reform der LEPP wird acht Tage nach Veröffentlichung im Diario de Centro América Gültigkeit erlangen. (SV)

Antidiskriminierungsvorhaben für LGTBI Personen im Gefängnis

Guatemala, 14. Apr. Das Innenministerium präsentierte ein Modell für Standards und Menschenrechtsrichtlinien für die angemessene Behandlung von Personen aus den Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Bi- und Intersexuellen (LGTBI) - Gruppen, die sich in Haftvollzugsanstalten befinden. Das Dokument wurde von der Vereinigung Lambda und dem Nationalen Netzwerk für sexuelle Diversität und HIV in Guatemala (REDNADS) erarbeitet. Ziel ist es, die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität zu bekämpfen. Für viele LGTBI ist sehr wahrscheinlich die erste Erfahrung, die sie machen, wenn sie in ein Gefängnis kommen, die Vergewaltigung, die im Schweigen und in der Gleichgültigkeit der anderen Häftlinge und bei unterlassener Hilfeleistung einiger BeamtInnen geschieht, erklärt das Dokument.

Luis Carlos de León, Direktor des Strafvollzugssystems, hob hervor, dass für die Erstellung der Richtlinien verschiedene Workshops und Treffen im Zentrum für weiblichen Orientierung (COF) und in den Gefängnissen Santa Teresa, Pavón, Granja Penal Canadá, Präventivzentrum Zona 18 und Puerto Barrios abgehalten wurden. Weiterhin sei das Personal und Auszubildende der Schule für Strafvollzugsstudien fortgebildet und für das Thema sensibilisiert worden. Auch die Gefangenen erhielten Workshops durch andere Organisationen, um sie dem Thema näher zu bringen.

Die Richtlinien für den Umgang mit LGTBI in Haft beinhalten eine Serie von Normen über den Umgang mit sensiblen Daten, die Sicherheit, die soziale Wiedereingliederung und die Bildung der Insassen. Was die sensiblen Daten anbelangt, schlägt das Dokument vor, diese Bevölkerungsgruppe gemäss ihres Namens und sozialen Geschlechts zu behandeln und nicht gemäss der Daten des Personalausweises. Letztere Daten sollten nur für administrative und rechtliche Zwecke genutzt werden. Dafür sollte ein Computerprogramm geschaffen werden, ähnlich dem, das die Staatsanwaltschaft nutzt. Es hält den Namen fest, um die Person, ihr soziales Geschlecht zu identifizieren und die Gemeinde, zu der sie gehört. (Cerigua)

Biopsia / April 2016 (Diana Vásquez): Nach 100 Tagen Jimmy Morales

Die Komödiantenkarriere von Jimmy Morales war immer mittelmässig und populistisch, seine rassistischen und homophoben Witze brachten ihm jedoch einige AnhängerInnen in der Bevölkerung. Derzeit versucht Morales seine beste Darstellung in der Rolle des Präsidenten von Guatemala zu geben. Der Bevölkerung aber, die einst für ihn gestimmt hatte, wird nun bewusst, dass er ein schlechter Schauspieler ist.

In der Präsidentschaft gibt es keine eindeutigen Aktionen nach den ersten 100 Tagen in der Regierung. Sie vermeidet zentrale Themen und stürzt sich auf oberflächliche Geschehnisse wie die Kritik an der Fussballnationalmannschaft. Er sagt von sich weiterhin, er sei „nicht korrupt und kein Dieb“, das Leitmotiv seiner Wahlkampagne, aber seine politische Partei FCN hat die Sitze des Kongresses mit Abgeordneten gefüllt, die tun, was ihnen beliebt, z.B. die Gouverneure der Departements erpressen und demütigen. Das kam bei der Auswertung von E-Mails eines der Abgeordneten der Regierungspartei heraus. Daraus entstand ein Skandal, der allerdings nur einige Tage andauerte; der Abgeordnete ist immer noch Abgeordneter und es wurde jedem klar, dass Jimmy Morales weder Einfluss noch Macht in der FCN besitzt. Die öffentlichen Reden des Schauspielerpräsidenten strotzen vor moralischen Bemerkungen, als guter Christ, der er ist, und dann schmeisst er mit schlechten Witzen um sich, wie z.B. Donald Trump „billige Arbeitskräfte“ anzubieten, um ihm zu helfen eine Mauer zu errichten, die es den MigrantInnen verbietet in die USA zu kommen - so drückte er sich in einem Interview mit der New York Times vor ein paar Tagen aus.

Hinter den Witzen aber versteckt sich das Tragische: das öffentliche Gesundheitssystem ist weiterhin ein Loch ohne Boden. Die Schlüsselpositionen der Justiz sind weiterhin kooptiert. Pensionierte Militärs, die der Regierung nahe stehen, verkaufen Waffen an die Strassenbanden und verteidigen weiterhin die Interessen der Megaprojekte, die für die sozialen Konflikte in ihren Operationsgebieten verantwortlich sind. Die Gewalt steigt, obwohl die Armee in den Strassen ist. Die Staatsanwaltschaft und die CICIG decken weiterhin Korruptionsfälle in den Zöllen auf, die die früheren Verwaltungen und UnternehmerInnen belasten. Eine Neuigkeit ist die Ankündigung von Morales, einen Krieg gegen Belize zu führen, in dem er den Botschafter zurückbeordnete und mehr Soldaten an die Grenze schickte - nachdem ein guatemaltekisches Kind unter bisher ungeklärten Umständen ermordet wurde.

Morales ist die Marionette der Armee, die sich als unerlässlich darstellen möchte, während sie gleichzeitig wie ein Papegei wiederholt, dass die internationale Gemeinde sich nicht in „innere Angelegenheiten“ einmischen sollte. Aber es sind genau diese internen Angelegenheiten, die mit den korrumpierten Strukturen im Zusammenhang stehen.

Im Gegenzug gelangte am 22. April die Demonstration für das Wasser in die Hauptstadt, die am 11. April in den Departements San Marcos und Alta Verapaz initiiert wurde. Ziel ist es über Problematik des Wassers für die Ärmsten im Land und die Privatisierung aufzuklären, über die Umleitung von Flüssen und die Kontaminierungen, die von den Wasserkraftwerken, Zementfabriken, Bergwerken und der Monokultur der afrikanischen Palme ausgehen. Mehr als 15.000 Personen schlossen sich der Demonstration in der Hauptstadt an und erneut gaben die urbanen Gebiete den Widerstandsaktionen auf dem Land ihre Unterstützung. Ein Jahr nachdem das Volk sich auf den Plätzen versammelte, um Gerechtigkeit einzufordern, bleibt noch immer viel zu erledigen: die Apathie zu besiegen ist eines der grundsätzlichen Dinge, die es zu tun gilt. Das Gute dabei ist, dass sich aus den samstäglichem Protesten des Vorjahrs verschiedene zivile Gruppierungen aller Art gebildet haben und diese sich nun der Demonstration für das Wasser anschlossen und somit ihre Sisyphusarbeit an der Basis fortsetzen. Um konkretere Antworten für die Erschaffung einer anderen guatemaltekischen Wirklichkeit zu geben. Das gibt ein bisschen Hoffnung.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6